

Tabak-Arbeiter

Nr. 50 / Bremen, den 12. Dezember 1931

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis monatlich 40 Pf. ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 Pf. für die viergespaltene Millimeterzeile. Schluß der Redaktion und der Anzeigenannahme Montag. Schriftleitung: Ferdinand Dahms, Verantwortlich für den redaktionellen Teil Heinrich Borag, für die Anzeigen Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Hufung. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt J. H. Schmalfeldt & Co. Sämtlich in Bremen.

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20. Telefon: 2111 Domsheide 20780. Geld- und Einschreibendungen an Johannes Krohn, Postfach 5349 beim Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandelsbank deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Hufung, Bremen, An der Weide 20. Verbandsauschüßvorsitzender: E. Schöne, Hamburg, Wesenbinderhof 57, Zimmer Nr. 24.

Rationalisierung, die wir bekämpfen müssen . . .

Die „Wirtschaftlichen Nachrichten“, das Organ des Bundes für Rationalwirtschaft und Werkgemeinschaft, ein Blatt, das so tut, als ob es sich für Arbeiterinteressen einsetze, dabei aber einen ausgesprochenen Charakter der Arbeiterfeindlichkeit an den Tag legt, nahm kürzlich auch zum Frankfurter Gewerkschaftskongreß Stellung und beschäftigte sich im besonderen mit den Ausführungen des Referates von Professor Lederer bezüglich der 40-Stunden-Woche usw. „Bemerkenswert“, heißt es unter anderem, „ist die Einstellung Lederers zur Drosselung der Rationalisierung. Er geht davon aus, daß der technische Fortschritt rascher vor sich gehen würde als die Kapitalbildung; es sei deshalb damit zu rechnen, daß ein großer Teil der Arbeitslosen noch lange freigesetzt bleibe, weil für sie kein Produktionsrahmen gegeben sei. Man könne wohl Rohstoffe auf den Markt werfen, nicht aber neue Fertigwaren. Lederer will daher den technischen Fortschritt zwar nicht vernichten, aber drosseln, er will „bremsen“. Nun, früher dachten die Gewerkschaften anders. Da waren sie diejenigen, denen die Rationalisierung nicht schnell genug ging.“

Ganz recht! „Früher dachten die Gewerkschaften anders“, das heißt nicht über die Rationalisierung, sondern über ihre Durchführung. Ueber die Rationalisierung selbst denkt die Arbeitererschaft heute noch genau so wie früher, daß jeder technische Fortschritt, jede neue Maschine, jede Vereinfachung des Arbeitsprozesses für die Wirtschaft der Völker die größten Vorteile in sich birgt, und somit nicht schnell genug in deren Dienst gestellt werden kann. Es ist doch selbstverständlich, daß kein Mensch heute mehr mit der Postkutsche reisen würde, wo uns doch der D-Zug in wenigen Stunden von einer Grenze des Landes zur anderen bringt. Ebenso würden wir es komisch finden, wenn jemand dazu überginge irgendwelche Gebrauchsgegenstände mühsam, vielleicht in tagelanger Arbeit mit der Hand anzufertigen, obwohl es dafür eine Maschine gibt, die die Erzeugung dieser Gegenstände in wenigen Minuten, in viel exakterer Ausführung, wie es mit der Hand möglich ist, und ohne viel Arbeitsaufwand des Menschen, vollbringt. Ja wir würden so etwas nicht nur komisch finden, sondern wir würden Menschen, die ihre Wohnung noch mit einem Kienspan beleuchten, während ihnen die elektrische Birne zur Verfügung steht, direkt auslachen oder sie für verrückt halten. Genau so ist es mit jedem Fortschritt.

Die Arbeiterschaft hat heute keine Maschinenstürmeransichten mehr von der Technik und ihrer Zweckmäßigkeit, sondern sie weiß wohl zu würdigen, daß in jeder Erfindung, in jedem technischen Fortschritt ein Baustein zur Vollendung einer Wirtschaftsordnung steckt, in der die menschliche Arbeit im Vergleich zur Maschine nur noch eine untergeordnete Rolle spielt, in der also die Menschen bei ganz geringer Arbeitsleistung ein Dasein der größtmöglichen Freiheit genießen können, weil ihnen die Maschine die Arbeit abgenommen hat. In diesem Sinne ist natürlich auch das laufende Band ein Schritt weiter zu einer Wirtschaftsform, in der der Mensch nicht mehr von der Arbeit seiner Hände lebt, sondern von der Leistung und dem Ertrag der Maschine.

Die Kapitalisten allerdings sind anderer Ansicht. Sie haben das laufende Band nicht deswegen eingeführt, damit dem Arbeiter die Arbeit erleichtert wird, sondern damit ihnen der Produktionsprozeß größere Profite abwirft. Der Kapitalist stellt auch eine Maschine, die, sagen wir, die Leistung von 50 Arbeitern ersetzt, und somit auch die Lebensmöglichkeit für 50 Menschen schafft, ohne daß sie auch nur einen Handgriff zu verrichten brauchen, nicht etwa in den Dienst seines Betriebes, um den

Ertrag dieser Maschine mit seinen Arbeitern zu teilen, sondern er will diesen Ertrag für sich allein haben und wirft darum die 50 Arbeiter, die die Maschine überflüssig gemacht hat, auf die Straße und überläßt sie ihrem Schicksal. Ihm ist es gleich, ob diese 50 Menschen stempeln gehen, oder ob sie verrecken.

Diese Auffassung von der Rationalisierung ist natürlich bei den Gewerkschaften und in der Arbeiterschaft nie populär gewesen und eine derartige Rationalisierung, bei der es lediglich darauf ankommt, den Reichtum der Kapitalisten ungeheuerlich zu vermehren und die Arbeiterschaft bei vollen Scheunen, und bei einem Reichtum von Ueberflüssen, wie wir sie nie gekannt haben, auszuhungern, haben die Gewerkschaften nie gewollt.

Es ist also lediglich eine Phrase, wenn jemand sagt: „Früher haben die Gewerkschaften anders gedacht“, oder „früher waren sie diejenigen, denen die Rationalisierung nicht schnell genug ging.“

Es wäre lächerlich, daß die Gewerkschafter je dafür eintreten könnten, daß jemand eine Maschine aufstellt, und mit dieser Maschine in drei Monaten mehr Geld verdient, als früher sein Betrieb im Verlaufe eines ganzen Jahres abwarf, wenn er den Ertrag dieser Maschine allein in seine Tasche fließen lassen will und obendrein seine Arbeiter als überflüssig auf die Straße wirft. Wie sich eine derartige Rationalisierung auswirkt und auswirken mußte, davon könnten einige Millionen Arbeitslose in Deutschland und sonst in der Welt genug Beispiele erzählen, deren Elend nur auf das Schuldkonto dieser Rationalisierung fällt.

Ueberhaupt ist die Wirtschaftslage im größten Ausmaße von dieser Art Rationalisierung verursacht worden. Sehen wir uns doch die Sache in einem praktischen Beispiel an. Zahlreiche Betriebe gibt es in Deutschland, die früher viel zu tun hatten, die angestrengt arbeiten mußten, um ihre Auslandsaufträge zu erfüllen und die heute still liegen, nicht etwa, weil kein Geld da ist und das Ausland keine Waren kauft, sondern weil sie die Rationalisierung derart überspannt haben und dadurch einen derartigen Schund von Ware liefern, den die ausländischen Verbraucher nicht mehr kaufen wollen. Die Stoppuhren der Ingenieure haben unsere Wirtschaft ruiniert und sonst gar nichts. 300 Handgriffe in der Minute pro Arbeitsgang waren nicht mehr genug, nein auf 350, auf 400 und 500 mußte man die Fertigkeit des Arbeiters bringen, verdoppeln, verdreifachen, nein, verzehnfachen mußte man die Tourenzahlen der Maschinen und des laufenden Bandes, bis die Leistungsfähigkeit des Arbeiters derart überspannt war, daß er kleine Fehler des Arbeitsstücks nicht mehr übersehen konnte. Aber der Käufer sah diese Fehler, er kontrolliert das Erzeugnis auf seine Qualität, und wenn es sich als Schund erweist, dann gibt er es auf, in solchen Fabriken weiter arbeiten zu lassen.

Es gibt Fabriken in Deutschland, die Millionen Aufträge verloren haben, deren Verlust nur auf die Ueberspannung der Tourenzahl des laufenden Bandes und auf die Stoppuhr der Ingenieure zurückzuführen ist. Alle Fabriken, sei es in Deutschland oder in Amerika, die noch auf die Qualität ihrer Erzeugnisse sehen, bei denen es nicht so sehr darauf ankommt, nur Leistungen der Masse nach, sondern Erzeugnisse der Güte nach herzustellen, haben auch trotz der schlechten Wirtschaftslage noch ihre Aufträge und können ihre Arbeiter beschäftigen. Von dieser Seite sehe man sich einmal an, was die Rationalisierung angereicht hat, eine Rationalisierung, die von den Gewerkschaften nicht scharf genug bekämpft werden kann und auch bekämpft werden wird.

Dr. R a k u s.

In letzter Stunde

Der Vorsitzende des ADGB., Kollege Leipart, hat an den Reichskanzler Dr. Brüning den folgenden Brief gerichtet:

Sehr verehrter Herr Reichskanzler!

Aus der Unterredung, die auf Ihren Vorschlag meine Kollegen am Sonnabend (5. Dezember) mit dem Herrn Reichsarbeitsminister hatten, ist uns zur Kenntnis gekommen, daß die bevorstehende Notverordnung eine weitere Lohn- und Gehaltsenkung bringen soll, dergestalt, daß an einem bestimmten Zeitpunkt die Tarifföhne ohne Rücksicht auf die Geltungsdauer der Verträge und unter Ausschaltung des ordentlichen Schlichtungsverfahrens durch gesetzlichen Zwang auf den Stand vom 10. Januar 1927 herabgesetzt werden.

Gegen solche Absichten erheben wir in letzter Stunde nochmals entschiedensten Protest. Wir warnen die Reichsregierung, den Weg der Lohnsenkung noch weiter zu gehen und wir protestieren insbesondere gegen den geplanten Eingriff in das Tarifrecht. Die voraussehbaren Folgen, die sich hieraus ergeben müßten, wird auch die Regierung nicht tragen können; wir erklären schon heute, daß wir jegliche Verantwortung ablehnen.

Beseitigt die Reparationen! Fort mit dem Terror!

Das ist der Sinn einer gemeinsamen Rundgebung, mit der die Spitzengewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten aller Richtungen nach Besprechungen der politischen und wirtschaftlichen Lage an die Öffentlichkeit getreten sind. Die am 5. Dezember vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Freien Angestelltenbund, dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, dem Deutschen Beamtenbund, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Gewerkschaftsring herausgebrachte gemeinsame Erklärung hat folgenden Wortlaut:

In wenigen Tagen tritt in Basel der Sonderausschuß zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands zusammen. Seine Pflicht ist, die Folgerungen aus der Erkenntnis zu ziehen, daß die Deutschland auferlegten Reparationsverpflichtungen eine der wesentlichsten Ursachen für die weltwirtschaftlichen Störungen der Nachkriegszeit geworden sind. Sie haben die Erschütterungen des internationalen Kredit-systems herbeigeführt.

Die Wiederherstellung des Vertrauens und der Wiederaufbau des internationalen Kredits ist die zentrale, wirtschaftliche und politische Aufgabe.

Die Reparationslasten haben das Maß der durch den Krieg verursachten Schäden längst überschritten. Damit ist ihnen jede moralische und wirtschaftliche Berechtigung entzogen. Sie sind heute nur noch ein Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt. Ihre Beseitigung ist ein Gebot wirtschaftlicher und staatsmännischer Einsicht.

Zur Wiederherstellung des internationalen Vertrauens ist aber auch die Beseitigung der inneren Lage Deutschlands notwendig. Die große Not des Volkes, die Massenarbeitslosigkeit und die Verarmung der Mittelschichten bereiten in Deutschland den Boden vor für die Verzweiflungstimmung, die dem heimlichen Bürgerkrieg täglich neue Nahrung zuführt. Es sind zumeist die ärmsten Söhne des Volkes, die in diesem sinnlosen Kampf fallen, blühende Jugend, die in beruflicher Kameradschaft zusammenwirken könnte, Arbeitslose, in deren Herzen das gemeinsame Elend Verständnis füreinander wecken sollte.

Die Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten verurteilen diesen volkszerstörenden Bruderkampf und fordern die Regierung auf, die ganze Autorität des Staates einzusetzen, um zu erreichen, daß die innerpolitischen Auseinandersetzungen ausschließlich mit geistigen Waffen geführt werden.

Wir wenden uns an alle, die sich in dieser Zeit gewissenloser Demagogie und brutaler Drohungen Verantwortungsbewußtsein, Mut und Besonnenheit bewahrt haben, und fordern von ihnen, mit uns die Front zu stärken für Recht und Freiheit gegen Terror und Gewalt!

Unser Schicksal: die Gewerkschaften

Alles Geplänkel im politischen Kampf geht letzten Endes um die Schlüsselstellung der Gewerkschaften. In ihnen sieht der maßgebendste Teil der Unternehmer die konzentrierte Kraft in der Verteidigung der gesellschaftlichen Stellung der Arbeiter. Der Kampf gegen das Tariffsystem und die sonstigen sozialen Rechte ist ein Mittel, mit Hilfe dessen man die Gewerkschaften zu treffen sucht. Die Konterrevolution rennt deshalb mit verstärkter Wucht gegen den gewerkschaftlichen Block an. Es war für sie sehr schmerzlich, daß der vereinten Reaktion von Harzburg eine einheitliche Front der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen

entgegengestellt wurde. Die Führer in dem Kampfe gegen die Gewerkschaften sind in der Rohstoffindustrie zu suchen. Einer von ihnen ist der Kaliindustrielle August Kosterger. Dieser macht aus seinem Herzen keine Würdegrube und spricht das rückhaltlos aus, was zahlreiche Unternehmer denken.

In der „Bergwerks-Zeitung“ Nr. 279 befaßt sich Kosterger mit der Rundfunkrede des Reichskanzlers zur Winterhilfe. Er hält den Weg, an die Wohltätigkeit des Volkes zu appellieren, nicht für richtig, sondern er sieht in dem Kampf gegen die Gewerkschaften das einzige Mittel, um über alle Schwierigkeiten hinwegzukommen. Nach seinen Worten geht es hier „wie im Urwald und an der Börse: Auge um Auge, Zahn um Zahn.“ Mit dem bisherigen System müsse vollkommen aufgeräumt werden. Deshalb bezweifelt Kosterger, daß dies mit den jetzigen Parteien im Parlament zu machen sein wird. Vorläufig habe sich niemand gefunden, auf nichtparlamentarischem Wege die ungeheure lebenswichtige Frage zu lösen, „die darin bestehen würde, die Gewerkschaften aus der Wirtschaft auszuschalten. Nur innerhalb einer freien deutschen Wirtschaft werden die Arbeitslosen wieder Arbeit und Brot finden können. Ich behaupte, daß es keinen anderen Weg gibt, als den der freien Wirtschaft.“

Unter freie Wirtschaft verstehen diese Herren nur die vollständige Loslösung von den tariflichen Bindungen und Beseitigung aller Schutzgesetze, die gegen die rücksichtslose Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft errichtet wurden. Natürlich wollen sie die wie ein Alp auf der Wirtschaft liegende Verbandsherrschaft, deren Spitze sie bilden, unumschränkt erhalten wissen. Es ist ein Schauspiel für Götter, diese Demagogen in der Arena des Kampfes für die wirtschaftliche Freiheit sechten zu sehen. Weil sie unfähig sind, dem Volke neue Wege zu weisen, deshalb schimpfen sie auf den Popanz Gewerkschaften. Kosterger erlaubt sich folgendes zu schreiben: „Unser Schicksal sind lediglich die Gewerkschaften. Wenn die nicht sein würden, dann würde der Zustand in unserm Lande heute ganz anders sein. Dann würden wir nicht mehr am Boden liegen, sondern dann würde das deutsche Volk ganz sicher an besserer Stelle stehen.“ Diese ungeheuerliche Behauptung wird ausgesprochen, ohne eine Begründung dazu zu geben. Kein Wunder ist es aber, wenn Kosterger den Ausgang der heftigen Wahlen beaurteilt. Man erhebt aus dieser Stellungnahme, eine wie große Hoffnung die Vertreter der Rohstoffindustrie auf die Nationalsozialisten setzen. Sie sind ihre einzige und letzte Hoffnung. Und deshalb hoffen sie mit Hilfe der Nationalsozialisten die Verfassung zu ändern, „weil es nicht angängig ist, daß durch die Bevorzugung einer einzigen Kaste unser Volk zugrunde geht, denn es war sicher bei Aufstellung der Verfassung nicht beabsichtigt, eine einzelne Kaste zum Nachteil des gesamten Volkskörpers zu bevorzugen.“

Mit Erstaunen wird man hören, daß die Arbeiterklasse und mit ihr die Gewerkschaften zur bevorzugten Kaste im heutigen Deutschland gehören sollen. Aber diese und ähnliche Behauptungen verfolgen nur den Zweck, die Spießbürger gegen die arbeitende Klasse aufzubringen und alle reaktionären Kräfte gegen die Gewerkschaften zu vereinigen. Alle die irregleiteten Arbeitermassen müßten aus diesem verbitterten Haß einzelner Großkapitalisten die richtige Lehre ziehen. Diese besteht darin, sich restlos um die Gewerkschaften zu scharen. Denn je mehr die Gegner über eine Sache schimpfen, desto besser ist sie. Der Kampf der Verfechter gegen die Gewerkschaften ist ein Symptom der Zeit, wo alles aus des Messers Schneide steht und sollte die Arbeiterinnen und Arbeiter ermutigen, mit dem gleichen Eifer gegen ihre Gegner vorzugehen.

Kriegsopfer sollen die Sozialversicherung sanieren

Das Reichskabinett plant nach unwidersprochen gebliebenen Nachrichten die Anrechnung der Renten aus der Reichsversorgung auf die Invalidenrenten. Die Durchführung eines solchen Planes würde zwar innerhalb der Ausgabenpositionen des Reichshaushalts wohl Verschiebungen, nicht aber tatsächliche Einsparungen bringen. Der Grundsatz von Leistung und Gegenleistung in der Sozialversicherung würde aber völlig beseitigt und den Kriegsopfern weitere unerträgliche Lasten auferlegen. Das würde bei der schon jetzt unzureichenden Lebenshaltung der Kriegsopfer eine schwere Belastung auch der öffentlichen Wohlfahrtspflege, von der die Kriegsopfer durch ausreichende Leistung des Reiches grundsätzlich fernzuhalten sind, bedeuten. Der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen hat deshalb sofort nach Bekanntwerden dieser Pläne an den Reichskanzler und an den Reichspräsidenten telegraphisch entschiedenen Protest eingelegt.



Verbandsleben



Gau- und Zahlstellenberichte

Bezirkskonferenz Lobenstein und Umgegend

Am 29. November fand in Lobenstein im Gasthaus „Alter Turm“ eine sehr gut besuchte Bezirkskonferenz statt. Gauleiter Röll **Clement** führte in seinem Referat „Wirtschaftskrise und die Abbaubestrebungen der Unternehmer“ u. a. folgendes aus: Die gesamte Welt ist von einer nie gekannten Wirtschaftskrise heimgesucht. In allen Ländern haben wir Millionen von Arbeitslose, Deutschland ist hiervon am stärksten betroffen. Schuld an der furchtbaren Wirtschaftskrise sei die Katastrophenpolitik unserer Zeit, die Rationalisierung und die Technisierung. Auch in der Tabakindustrie nimmt die Mechanisierung ihren Fortgang. So wurden allein in den Zigarettenfabriken in Dresden durch die Einführung der Packmaschine 1500 Arbeiterinnen entlassen. Auch in der Zigarrenindustrie werden immer mehr Maschinen aufgestellt. So haben die Krenter-Werke in Döbeln Roll- und Wickelmaschinen laufen, die sich gut bewähren. Insgesamt sind in Deutschland über 200 Wickelmaschinen in Betrieb. Neuerdings sind in den Krenter-Werken und bei der Firma Hasche Entrippmaschinen aufgestellt, wodurch bei letztgenannter Firma in der Filiale Leisnig 50—60 Kolleginnen arbeitslos wurden. Die Krenter-Werke haben dann noch eine Röstmaschine, in der die geschmittenen Einlage getrocknet wird und verarbeitungsfähig herauskommt. Wir können uns nun als moderne Menschen und organisierte Arbeiter nicht gegen die Entwicklung der Technik stellen, unsere Aufgabe muß es vielmehr sein, für Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten, um so wieder mehr Arbeiter in den Produktionsprozess einzuführen. Die Lohnabbauoffensiven der Unternehmer sind ein Verbrechen an die Arbeiterklasse und darüber hinaus am ganzen Volke. Durch Verminderung des Einkommens muß zwangsläufig Rückgang der Kaufkraft erfolgen, was sich insbesondere in der Genussmittelbranche bemerkbar macht. Wie unfinnig die Lohnabbaubestrebungen der Unternehmer sind, beweist uns ein Artikel in der „Süddeutschen Tabakzeitung“, der den Zigarrenhändlern auseinandersetzt, daß eine Verbilligung der Zigarren selbst bei einem Lohnabbau nicht erfolgen könne. Aber trotzdem wollen unsere Fabrikanten den Lohn noch senken und warten nur auf den Moment der Lockerung der Tarifverträge. In Friedenszeiten war schon 5 Prozent Arbeitslosigkeit in der Zigarrenindustrie für die Unternehmer das Signal zum Lohnabbau. Dies ist nun heute durch den Abschluß der Tarifverträge nicht mehr so schnell möglich. Die Aufrechterhaltung des Tarifvertragswesens in der jetzigen Form ist daher für die gesamte Gewerkschaftsbewegung von eminenter Bedeutung. Das frevelhafte Spiel des Unternehmertums kann nur durch immer festeren Zusammenschluß der Arbeiter in den Gewerkschaften mit Erfolg abgewehrt werden. Die guten und lehrreichen Ausführungen des Kollegen Clement wurden von der Konferenz mit Beifall aufgenommen. Sodann ging Kollege **Kohl** auf das innere Wesen der Zahlstellen Lobenstein und Wurzbach ein. Insbesondere setzte er den Funktionären auseinander, daß das Organisationsverhältnis innerhalb einer Gegend und eines Berufes von der Mitarbeit der Funktionäre abhängig sei. Wo die Betriebsräte in den Betrieben und die Kassierer in den einzelnen Orten auf ihren Posten sind, da ist auch das Organisationsverhältnis ein gutes. In der Diskussion wurde Klage über den indirekten Lohnabbau der Unternehmer durch Einführung von Sorten der unteren Fassons und Gewichtsklassen, sowie über Schikanen bei der Arbeit geführt. Am Ende der Konferenz forderte Kollege **Kohl** auf, mit neuem Mut und frischer Kraft für den weiteren Aufbau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes im hiesigen Bezirk einzutreten. Er schloß mit einem Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiter-Verband, das von der Konferenz begeistert aufgenommen wurde, die gut und fachlich verlaufene Bezirkskonferenz.

Bezirkskonferenz Nordost

Am 29. November fand im Volkshaus in Elbing eine Konferenz des Bezirks Nordost statt, die von fast allen Funktionären unseres Verbandes besucht war. Kollege **Kiel** (Bremen) referierte über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in der Tabakindustrie und unsere zukünftigen Aufgaben. Ausgehend von der allgemeinen Weltwirtschaftskrise, deren Auswirkung und Ursachen er besonders hervorhob, beschäftigte sich der Redner eingehend mit den gegenwärtigen Verhältnissen im Tabakgewerbe, insbesondere mit den Vorgängen in der Zigarrenindustrie. Circa 75 v. H. der Kollegen und Kolleginnen der Zigarrenindustrie sind zurzeit zur Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit verurteilt. Die gegenwärtige durchschnittliche Beschäftigungszeit beträgt nicht ganz 24 Stunden in der Woche. Rationalisierung und Technisierung machen auch in den Zigarrenherstellungsbetrieben Fortschritte. Es sei deshalb zu erwarten, daß die Maschine auch hier in Zukunft immer mehr die Handarbeit ersetzt. Wenn wir uns den Fortschritten der Technik nicht verschließen dürfen, so haben wir als Tabakarbeiter aber die vornehmliche Aufgabe, dahin zu streben, daß die Vorteile der Rationalisierung und Technisierung auch der Arbeiterklasse zuteil werden und nicht nur in die Taschen weniger Unternehmer wandern. Wie in anderen Industrien und Branchen des Tabakgewerbes nimmt auch die Konzentration der Zigarrenherstellung immer

mehr zu. Während noch vor kurzer Zeit der Klein- und Mittelbetrieb die größte Zahl der in der Zigarrenindustrie beschäftigten Arbeiter ausmachte, weist die letzte Statistik nach, daß die Zahl der Betriebe mit bis zu 200 Beschäftigten immer mehr zurückgeht und die der Firmen mit über 500 Arbeitern zunimmt. Obwohl in der Zigarrenindustrie zurzeit ein allgemeinverbindlicher Reichstarif und allgemeinverbindliche Bezirkstarife bestehen, deren Geltungsdauer erst am 31. März 1932 abläuft, versuchen Arbeitgeber und deren Beauftragte, die Notlage der Zigarrenarbeiter dadurch auszunutzen, daß sie unter allerlei Verprechungen einen „freiwilligen“ Verzicht auf die Tariflöhne herbeizuführen versuchen. Im allgemeinen kann aber festgestellt werden, daß die freigewerkschaftlichen Betriebsvertretungen und die Mitglieder des Verbandes dem Verlangen auf freiwilligen Verzicht des Tariflohnes nicht Rechnung tragen, wenn auch zugegeben werden muß, daß in einzelnen Fällen und gerade dort, wo die Kollegenschaft den Gedanken des Zusammenschlusses noch nicht voll erfaßt hat, ein Erfolg für die Arbeitgeber zu verzeichnen ist. Die wichtigste Aufgabe der organisierten Kollegenschaft und vornehmlich unserer Funktionäre ist in der gegenwärtigen Zeit Einigkeit im Handeln und unermüdetes Wirken für den Aufbau unserer Organisation und die finanzielle Stärkung derselben, damit wir bei den kommenden Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern alle weiteren Verschlechterungen abwehren können und unseren von der Wirtschaftskrise betroffenen Kolleginnen und Kollegen finanzielle Hilfe zuteil wird. Anschließend sprach Kollege **Tschupp** über Jugendfragen und Agitation im Bezirk. Nach einem Ueberblick über die Tätigkeit der Jugendgruppen im Bezirk wurden die zukünftigen Aufgaben in bezug auf Bildung und Unterhaltung in den Gruppen skizziert. Der Grundsatz „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft“ gilt auch für die Tabakarbeiter. Alles muß an die Förderung der Jugendbewegung gesetzt werden, damit auch fernerhin die freigewerkschaftliche Tabakarbeiterbewegung ständig frische Kräfte und junge Energien zur Verfügung hat. In der anschließenden Aussprache wurde Einmütigkeit der Konferenz festgestellt in Frage der Aufrechterhaltung des Tarifwesens und der sozialen Gesetzgebung. Die Löhne in der Zigarrenindustrie, die sich durch die Umstellung infolge der Tabaksteuererhöhung bereits indirekt erheblich gesenkt haben, vertragen keinen weiteren Abbau. Auch mit organisatorischen und agitatorischen Fragen beschäftigten sich einige Diskussionsredner. In Anbetracht der in kurzer Zeit bevorstehenden Lohnkämpfe in der Industrie und der großen Notlage der arbeitslosen Mitglieder ist es unerlässlich, den Verband finanziell stark zu halten. Das Verlangen einzelner Mitglieder in den Betrieben auf Herabsetzung der Beiträge wurde gemäßigilligt, weil dann auch die Unterstützungen nicht in der bisherigen Höhe weitergewährt werden könnten. Klar kam zum Ausdruck, daß der Deutsche Tabakarbeiter-Verband dem Vorgehen des christlichen Tabakarbeiter-Verbandes im Interesse der Mitgliedschaft nicht folgen darf. Auch der Jugendfrage und der Werbearbeit wurde die größte Aufmerksamkeit in der Aussprache gewidmet. Eine Kollegin verlangte Weitergewährung der mit Ende Juni in Wegfall gekommenen Sonderunterstützung. Besonders wurden örtliche Verhältnisse, wie z. B. die einschneidenden Abbaumaßnahmen des Elbinger Wollfabrikantes und Maßnahmen der Arbeitsämter gemäßigilligt. Im Schlußwort ging Kollege **Kiel** auf die angeführten Fragen ein und versprach, alle Anregungen, die dem Vorstand unterbreitet wurden, bei der weiteren Arbeit zu verwerten. Nach sechsstündiger Dauer konnte die anregend verlaufene Konferenz mit einem Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiter-Verband geschlossen werden.

Im Anschluß an die Bezirkskonferenz sprach Kollege **Kiel** über das gleiche Thema in stark besuchten Versammlungen zu unseren Mitgliedern in Braunsberg, Elbing und Allenstein. Ueberall wurden seine Ausführungen mit großem Beifall aufgenommen.

Ohlau. Die öffentliche Tabakarbeiterversammlung am 25. November war von einer stattlichen Anzahl organisierter Tabakarbeiter besucht. Mit Interesse verfolgten die Anwesenden die gut aufgebaute Rede des Kollegen **Tiedermann** vom Verbandsvorstand in Bremen. Redner ließ die wirtschaftliche Entwicklung der Tabakindustrie an den Augen der Anwesenden vorbeiziehen, die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter und die Entwicklung der Löhne. Man kann sagen, daß die Tabakarbeiter kaum jemals gute Zeiten erlebt haben. Die Tabakindustrie ist in widerwärtigen Wirtschaftsverhältnissen der Erwerbszweig, der auch nur die geringfügigste Einschränkung der Kaufkraft am stärksten zu fühlen bekommt. Obwohl der Deutsche Tabakarbeiter-Verband durch einen gut funktionierenden Organisationsapparat bisher immer imstande gewesen ist, dem Streben nach Lohnabbau scharfen Widerstand zu leisten, so kann doch nicht verschwiegen werden, daß die kapitalgemaßigten Fabrikanten mit vielem Raffinesse und größerem Geldbeutel ihr Ziel verschiedentlich auch erreicht haben. Wären die Tabakarbeiter reiflos organisiert, wirtschaftlich stärker und nicht in mehrere Organisationen gespalten, dann wehe dem Fabrikanten, der eine derartige schlechte Bezahlung den Tabakarbeitern zumuten würde. An zahlreichen Beispielen hat der Referent den Kampf der Tabakarbeiter-Organisation geschildert. Es konnten er-

fruchtbare Ergebnisse berichtet werden. Erschütternd aber mußte es wirken, wenn gleichzeitig auch festgestellt wurde, wie hart der Kampf der Tabakarbeiter mitunter gewesen ist, und wie menschenunwürdig das Unternehmertum an die Arbeit geht, die Löhne der Tabakarbeiter herabzudrücken. Die dem Treiben kann nur eine geschlossene Organisation Einhalt gebieten. Was Kollege Liedermann aus dem ganzen Reiche berichtete, bekräftigte Gauleiter Kollege Langner mit Beispielen aus seinem Wirkungskreis. Demnach sind auch die schlesischen Tabakarbeiter nicht vom Druck der Unternehmer verschont geblieben. Aber auch die schlesische Tabakarbeiterschaft hat sich im Kampf um die Erhaltung ihrer wirtschaftlichen Existenz gut geschlagen. Im Anschluß hieran wurden noch die örtlichen Verhältnisse besprochen und über die von der Gauleitung eingeleiteten Schritte wegen der beantragten Stilllegung des Betriebes Krupsky & Zimmermann berichtet. Die Ausführungen beider Referenten wurden beifällig aufgenommen und so konnte die Kollegin Förg als Vorsitzende der hiesigen Ortsverwaltung die Versammlung mit Dank an die Referenten und mit der Mahnung zu weiterem festen Zusammenstehen schließen.

Generalangriff auf die Zigarettenarbeiterlöhne

Ogleich die Einführung der Fünf-Tage-Woche für die Arbeiterinnen und Arbeiter der Zigarettenherstellung schon eine Verdienstminderung um rund 7 v. H. mit sich gebracht hat und außerdem in einer Reihe von Betrieben die Akkordarbeiter(innen) Lohnkürzungen in Kauf nehmen mußten, wollen die Zigarettenfabrikanten nun auch noch die örtlich und bezirklich vereinbarten Tariflöhne herabdrücken. Von den Untergruppen des Reichsarbeiterverbandes der Zigarettenindustrie sind nämlich mit einem Schläge die Lohnvereinbarungen für Baden-Württemberg, Berlin, Frankfurt a. M., Hannover, München und Sachsen auf den 31. Dezember zum Zwecke der Lohnsenkung gekündigt worden.

Der Deutsche Tabakarbeiter-Verband wird selbstverständlich alles tun, was in seinen Kräften steht, um zu verhindern, daß die Absichten der Zigarettenfabrikanten — die für Baden-Württemberg eine Senkung der Löhne um 10 v. H. gefordert haben — Wirklichkeit werden. Daneben müssen aber auch die Kolleginnen und Kollegen alles tun, was geeignet ist, die Front gegen die Abbaupläne der Zigarettenfabrikanten zu stärken. Dazu gehört in erster Linie die Vermeidung unüberlegter Handlungen und zum andern die Werbung neuer Mitglieder für den Deutschen Tabakarbeiter-Verband.

Ueber den weiteren Verlauf der Dinge werden wir berichten.

Tabakbelastung und Sozialversicherung in der Schweiz

Die gesamte Zigarrenproduktion in der Schweiz stellte sich 1929 auf rund 511 Millionen Stück mit einem Kleinhandelsverkaufswert von schätzungsweise 55 790 000 Frank. Pfeifentabak wurde erstellt 25 600 Meterzentner mit einem Kleinhandelsverkaufswert von schätzungsweise 17 920 000 Frank. Schnupftabak erreichte eine Produktion von 290 Meterzentner und einen Verkaufswert von 232 000 Frank. Kautabak wurden 90 Meterzentner erzeugt mit einem geschätzten Kleinhandelsverkaufswert von 252 000 Frank. Das Hauptkontingent lieferte die Zigarette. Hiervon wurden schätzungsweise erstellt etwa 1 Milliarde 500 Millionen Stück mit einem Kleinhandelsverkaufswert von rund 60 Millionen Frank.

Der Kleinhandelswert der in der Schweiz produzierten Tabakfabrikate erreicht mithin den Betrag von rund 134 194 000 Frank, während der Kleinhandelswert der in die Schweiz eingeführten Tabakwaren auf etwa 3 200 000 Frank geschätzt wird. So daß sich insgesamt eine Summe von rund 137 Millionen Frank ergibt.

Am 6. Dezember d. J. hat nun eine Volksabstimmung das Tabaksteuergesetz vom 18. Dezember 1930, das der Zigarette eine jährliche Belastung von 8 Millionen Frank bringen sollte, mit einigen tausend Stimmen Mehrheit verworfen. Ebenso wurde das Gesetz über die Alters- und Hinterbliebenenversicherung, die u. a. aus den Erträgen der Tabaksteuer finanziert werden sollte, am 6. Dezember mit rund 338 000 Ja-Stimmen und 501 000 Nein-Stimmen, also mit einer Mehrheit von rund 173 000 Stimmen abgelehnt. Die Schweizer Gewerkschaften waren für die Annahme beider Gesetze eingetreten.

Kolleginnen und Kollegen! Werbt unermüdlich für den Verband!

Von der Arbeit der NSBD.

Der Gau Sachsen der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation hielt am 22. November 1931 in Chemnitz eine Amtswaltertagung ab. Ueber die dort gehaltenen Referate berichtet das gauamtliche Organ der NSBDP., der „Freiheitskampf“, Dresden, in Nr. 275 vom 26. November sehr ausführlich. Nach dem Bericht dieses Blattes fielen auf der Tagung folgende Äußerungen:

Betriebszellenführer Land: Wir haben kein Interesse an der Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifkontrahenten. Das Betriebsrätegesetz ist nur zu dem Zweck geschaffen worden, um die Herren Margisten wirtschaftlich unterzubringen, die sonst infolge ihrer geistigen Beschaffenheit meistens arbeitslos wären. Wir wollen und müssen den politischen Charakter der NSBD. wahren.

Reichstagsabgeordneter Triebel: Erste Pflicht der nationalsozialistischen Arbeitgeber ist unbedingt die Ausschaltung der marxistischen Arbeitnehmer aus dem Produktionsprozeß. Die Erfassung der Erwerbslosen ist nur eine vorübergehende Aufgabe der NSBDP.

Fachreferent Jatz: (Referent für Ständekammern bei der Gauleitung Sachsen): Wir fordern die engste Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern in den Wirtschaftskammern.

Die gleiche Nummer des „Freiheitskampfes“ enthält einen langen Artikel des Landesgeschäftsführers Kubach vom Deutschen Werkmeisterbund, der dort nach heftigen Angriffen auf die freien Gewerkschaften über das Wesen der nationalsozialistischen Betriebszellen schreibt:

Die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation ist keine verkappte nationalsozialistische Gewerkschaft, sondern nur eine Sammlung der politisch gleichwollenden im Betriebe. Es ist die politische Kampfgemeinschaft zur Eroberung der Betriebe. Heute ist es doch so, daß Duzende, in den größeren Betrieben tausende Arbeitsgenossen nationalsozialistisch wählen, ohne daß sie es offen und frei bekennen. Die Betriebszelle ist daher lediglich eine politische Zusammenfassung und dient nur der leichteren politischen Agitation unter den Kollegen des Betriebes. Es ist selbstverständlich, daß die Betriebszellen sich gelegentlich mit der sozialen und wirtschaftlichen Lage des Betriebes und auch mit den Wünschen der Parteigenossen beschäftigen.

Hauptsache ist also der politische Klamauk, die wirtschaftliche und soziale Fürsorge für die Betriebszellenmitglieder kommt nur „gelegentlich“ in Frage.

Bekanntmachungen

Am 12. Dezember ist der 50. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

28. November: Stargard 150.—, Laufen 160.—, Elbing 2000.—.
30. Barntrup 34,25, Löhne-Bahnhof 150.—, Berlin 300.—, Gießen 226,40, Hanau 238,60, Trier 59,60.
1. Dezember: Dresden 600.—, Hockenheim 400.—, Calw 16,99.
2. Heidenheim 200.—, Mainz 150.—, Baden-Baden 800.—, Nordhausen 850.—.
3. Breslau 400.—.

Bremen, den 8. Dezember 1931.

Joß. Krohn.

Briefkasten

Der angekündigte zweite Teil des Artikels „Gegen Wirtschafts-anarchie und Lohndruck“, der die lohnpolitische Seite der ganzen Angelegenheit behandeln soll, kann Umstände halber erst in der nächsten Nummer des „Tabak-Arbeiter“ veröffentlicht werden.

Gebt ausgelesene

„Tabak-Arbeiter“

an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter!

Gummiwaren Hygien. Frauenartikel Billige Preise
Prospekt 1 gratis.
L. Schnurbus, Berlin O 2
Postfach 120

Gummiwaren Hygien. Artikel. Preis. T 2 gratis. „Medicus“ Berlin SW 68, Alte Jacobstraße 8



Billige böhmische Bettfedern!

Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschl. 2.50 M, halbweiße 3 M, weiße 4 M, bessere 5 M, 6 M, daunenweiche 7 M, 8 M, beste Sorte 10 M, 12 M, weiße, ungeschlissene Ruoffedern 6.50 M, 7.50 M, beste Sorte 9.50 M. Versand franko, Zollfrei gegen Nachnahme. — Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)

Auf- und Abstieg der Sozialversicherung

Vor 50 Jahren, am 17. November 1881, eröffnete Kaiser Wilhelm I. den kurz vorher gewählten Reichstag mit einer Botschaft, in der er u. a. sagte: Schon im Februar, als die Reichsleitung dem vorigen Reichstage einen Entwurf einer Unfallversicherung für die Arbeiter unterbreitete, hätte er aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht allein „im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen“ d. h. durch das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokraten und durch die darauf gestützte gewaltsame Unterdrückung jeder freien Arbeiterbewegung, möglich sei. Sondern notwendig wäre auch die positive Förderung des Wohles der Arbeiter“. Diese Aufgabe lege er dem Reichstag von neuem ans Herz, damit er der Welt „dem Vaterlande neue und dauernde Botschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Bestandes, auf den sie Anspruch haben, hinterlasse“. Dann kündigte er einen neu bearbeiteten Entwurf eines Gesetzes über die Unfallversicherung der Arbeiter an. Ergänzend werde „ihm eine Vorlage zur Seite treten, welche sich eine gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens zur Aufgabe stellt. Aber auch diejenigen, welche durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge.“ Die Gesetzgebung müsse auch diese schwierige Aufgabe lösen.

So die kaiserliche Botschaft vor 50 Jahren. Die Erinnerung an sie und ihre Folgen beruhen unsere Gegner, um daran je nach ihren Parteiforderungen Belehrungen und Mahnungen zu knüpfen. Auch für uns verlohnt es sich, gerade jetzt etwas näher auf den Werdegang und die Entwicklung der Sozialversicherung einzugehen.

Der kaiserlichen Botschaft folgte im Laufe der Zeit die Verabschiedung und Durchführung zunächst der Kranken-, Unfall- und Alters- und Invalidenversicherung. Später kam die Angestelltenversicherung hinzu, nach dem Kriege die einheitliche Regelung der Knappschaftsversicherung und schließlich die Arbeitslosenversicherung. Die gesamte Arbeiter- und Angestelltenversicherung des Reiches umfaßt jetzt viele Millionen Versicherte, und ihre Ausgaben belaufen sich im Jahre 1930 auf mehr als 6 Milliarden Mark. Fürwahr eine gewaltige Leistung!

Die freien Gewerkschaften haben sich dann auch seit jeher um die Ausgestaltung der Arbeiter- und Angestelltenversicherung bemüht. Das geschah schon lange vor der kaiserlichen Botschaft.

Ueberhaupt hatte sich die gesamte Oeffentlichkeit seit Jahrzehnten mit der Frage beschäftigt, wie die Gesetzgebung die große Not der arbeitsunfähigen Arbeiter mindern könne. Sicher hatte Bismarck, der damalige maßgebende Minister, noch die Vorgänge in den Notjahren 1848 im Gedächtnis. Auch damals war in allen Kreisen viel die Rede gewesen von der Not der Arbeiter und der notwendigen Mittel zu deren Behebung. Die Gesetzgebung aber versagte so gut wie ganz. Dies habe, so meinten die Anhänger der „guten alten Zeit“, dazu beigetragen, daß in den Wirren des Jahres 1848 die Arbeiter nicht für, sondern gegen die vormärzliche „Ordnung“ eingriffen, obgleich es die königliche Regierung wahrlich nicht an Unterdrückungsmaßnahmen hat fehlen lassen. Daher forderten seitdem selbst „Gutgesinnte“ immer eifriger, daß die Gesetzgebung auch für die Arbeiter etwas tue. Hilfsvereine für Arbeiter waren zwar vorhanden. Aber sie erwiesen sich in jeder Beziehung als ungenügend. Die Gesetzgebung mußte ihre Leistungen auf alle notleidenden Arbeiter erstrecken. Sie mußte die Arbeiter verpflichten, ihrer Hilfskasse beizutreten und einen bestimmten Beitrag zu zahlen. Auch den Betriebsunternehmern mußte sie einen Anteil an den Ausgaben der Unterstützung ihrer Arbeiter auferlegen. Bismarck erkannte die Forderungen als um so berechtigter an, je mehr die freie Arbeiterbewegung erstarkte.

Inzwischen hatten sich besonders die Verhältnisse in dem Armenunterstützungswesen der Gemeinden verschlechtert. Die Gemeinden konnten nicht die vielen notleidenden Arbeiter ganz hilflos lassen. Die sich daraus ergebenden Belastungen wurden immer größer. Viele Gemeinden konnten sie nicht mehr lange tragen.

Ihnen wollte Bismarck ebenfalls durch die Arbeiterversicherung helfen. Diese sollte ja die Unterstützung der notleidenden Arbeiter im allgemeinen abnehmen und einen beträchtlichen Teil der Kosten von den Arbeitern decken lassen. Dem stimmte der Reichstag in der Tat zu. Die Versicherten erhielten ferner als Ausgleich der neuen Belastung einen Rechtsanspruch auf die im Gesetz bestimmten Leistungen aus der Versicherung. Damit fiel die Prüfung weg, ob und inwieweit der notleidende Arbeiter unterstützungsbedürftig sei. Dagegen waren die Leistungen der Versicherung völlig ungenügend, oft genug sogar noch niedriger als die Armenunterstützung. Die Selbstverwaltung der Versicherten war aufs äußerste eingengt, ganz rechtlos waren die Arbeiter in bezug auf die Leistung der Unfallversicherung. Die Bis-

Heirats-Schwindler Diebe * Hochstapler * Erpresser

IV.

„Comte de Maurepas“

Die Heiratsannonce — „Hansangekollte mit schönen Ersparnissen“ — Falsche Bässe aus der Hauptstadt — Die Furcht vor dem Skandal — Retard des Heirats-Schwindlers — Juwelendiebstahl in der Diplomatie — Die „alte Vogelschenke“ — Sein „Künstler“-Name

Von Willy Reese

Erstrocken versicherte der Juwelier das Gegenteil und erging sich in Berechnungen. Der andere wehrte lächelnd mit der Hand ab. Es war ihm nur darum zu tun, ein wenig mit dem Juwelier zu plaudern, um ihn ganz harmlos zu machen. Das glückte ihm denn auch vollkommen. Man sprach von ganz anderen Dingen.

Paul Monceau nahm alsbald das Büchlein entgegen, prüfte den Inhalt, schmunzelte vergnügt vor sich hin und meinte:

„Meine Frau wird sich sehr freuen. Sie liebt Perlen und Brillanten.“ Er erhob sich. Vor den Augen des Juweliers schloß er die wertvollen Schmuckstücke in die mittlere Schublade des an der Wand stehenden Schreibtisches. Ursprünglich hatte der Schreibtisch an der gegenüberliegenden Wand gestanden. Monceau hatte jedoch gebeten, den Schreibtisch an diese Wand (die die beiden Zimmer voneinander trennte) zu stellen, angeblich, da er dort ein besseres Tageslicht beim Schreiben habe. Seinem Wunsch war natürlich sofort willfahren worden: seit heute mittag stand das Möbel dort, wo er es brauchte

„Schöne Frauen lieben schönen Schmuck immer...“ philosophierte Herr Crèce und fingerte an der Rechnung herum.

Monceau drehte sich um, schaute den Besucher an, lächelte, sagte:

„Meinen Sie? Nun, meine Frau ist allerdings schön — sehr schön... Bitte, jetzt die Rechnung.“ Er nahm sie entgegen, prüfte die Ziffern flüchtig, nickte, sagte: „Entschuldigen Sie mich einen Moment, Herr Crèce, ich will nur mein Portefeuille aus dem Nebenzimmer holen.“

„Bitte, Herr Marquis.“

Monceau eilte hinaus. Schloß die Tür hinter sich.

Der Juwelier hörte ihn hantieren.

Herr Crèce wartete.

Er wartete mit übereinandergeschlagenen Beinen und im Schoße gefalteten Händen.

Er wartete zwei Minuten. ...

Drei.

Es war ganz still im Nebenzimmer geworden.

Herr Crèce wartete vier Minuten... fünf.

Nach der fünften Minute wurde er ein bißchen ungeduldig.

Nach der sechsten wurde er unruhig und nervös.

Dann wurde er sehr unruhig und sehr nervös und erhob sich. Trat an die Verbindungstür und lauschte.

Er hörte absolut nichts.

Da wurde er sehr mißtrauisch und die Kehle wurde ihm enger. Er räusperte sich mehrmals. Klopfte erst leise, dann lauter.

Dann sehr laut. ...

Darauf wurde er kreidebleich und trat entschlossen ins Schlafzimmer.

Es war menschenleer!

narchische Arbeiterversicherung war eine besondere Art der Armenunterstützung mit vielen ihrer schlimmsten Mängel. Der Vorzug dieser Versicherung vor der Armenunterstützung bestand nur in dem Rechtsanspruch auf die Versicherungsleistungen und darin, daß ihre Hilfeleistung an die Versicherten nicht den Verlust der staatsbürgerlichen Rechte zur Folge hatte, wie es damals bei der Armenunterstützung der Fall war.

Ganz anders war das, was die Vertreter der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung erstrebten. Sie wollten keine Almosen, keinen Beistand für die Arbeiter, sondern das gute Recht aus der gemeinsamen wirtschaftlichen Arbeit. Wer arbeiten kann, soll arbeiten. Er muß aber auch so viel verdienen, daß er damit sich und seine Familie angemessen ernähren kann. Und das auch in der Zeit seiner Arbeitsunfähigkeit.

Die Versicherungsbeiträge sind in Wahrheit ein Teil des Arbeitslohnes. Nur zahlt ihn der Betriebsunternehmer nicht an den Arbeiter selbst aus. Er entrichtet ihn für die Arbeiter an die Versicherung, damit diese dem Arbeiter, wenn er arbeitsunfähig ist, die Mittel zu seinem Lebensunterhalt liefert. Daraus ergibt sich das Wesen einer wirklichen Sozialversicherung: Es enthält nicht nur Rechtsanspruch auf die Versicherungsleistungen und die Selbstverwaltung der Versicherten, sondern auch die Sicherung solcher Leistungen, die zu einer angemessenen Lebenshaltung des Versicherten ausreichen.

Den Kampf für diese Forderungen nahmen die freien Gewerkschaften sofort auf und erreichten allmählich manche Verbesserung. Nach dem politischen Umsturz gelang es ihnen mit Hilfe der sozialdemokratischen Parlamentstätigkeit in der Gesetzgebung, die Arbeiterversicherung ihrem eigentlichen Wesen immer mehr anzupassen — bis der wirtschaftliche Zusammenbruch der letzten Zeit auch hier eine verhängnisvolle Wendung brachte. Seitdem folgt eine Verschlechterung auf die andere. Dabei war selbst in der besten Zeit die Arbeiterversicherung nicht über das Notwendigste hinausgegangen. Im Gegenteil blieb sie vielfach dahinter zurück. Ebenjowenig ist der Trost der derzeitigen Regierung berechtigt, daß der Kern der Versicherung erhalten bleibe. Das trifft schon jetzt nicht mehr zu. Und die Arbeitgeberverbände und ihre Gefolgschaft wollen die Arbeiterversicherung ganz zur Armenunterstützung herabdrücken. Der einzige Unterschied soll sein, daß für diese Art der Armenunterstützung die Arbeiter besondere Beiträge zahlen müssen. Aber auch die Armenunterstützung ist nicht mehr auf der früheren Höhe zu halten. So geht es hier und dort immer weiter herab. Die Kaufkraft der Arbeiter sinkt immer tiefer und um so mehr verschlimmert sich der wirtschaftliche Niedergang.

Erst dann, wenn wir die Wirtschaft auf die Bahn zur Stärkung der Kaufkraft gebracht haben, ist das Ende der jetzigen unerträglichen Entwicklung abzusehen. Dann wird es von neuem die Aufgabe der freien Gewerkschaften sein, wie überall, so auch in der Arbeiterversicherung den notwendigen Umbau durchzuführen.

G u s t a v S o c h.

Erwerbslosenschulung und Gewerkschaften

Am 27. November fand in Berlin eine vom Vorstand des ADGB einberufene Konferenz statt, die sich mit den Fragen der gewerkschaftlichen Bildungs- und Jugendarbeit beschäftigte. Im Mittelpunkt der Tagung stand eine gründliche Erörterung des Problems der besonderen Erwerbslosenveranstaltungen, zu denen Vertreter der verschiedensten Berufs- und Bezirksverbände der Gewerkschaften auf Grund ihrer in der Praxis gewonnenen Erfahrungen Stellung nahmen. Bei Anerkennung der Notwendigkeit beruflicher Schulungsmaßnahmen wurde aber auch betont, daß bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage der Hauptwert der berufsbildenden Veranstaltungen darin läge, daß sie Anknüpfungspunkt für die ganze Erfassung der Erwerbslosen seien. Daraus erklären sich gewisse Schwierigkeiten in der Haltung der Erwerbslosen zu den Lehrgängen der Arbeitsämter; kommen doch zuweilen Erwerbslose zu der Annahme, das Arbeitsamt treffe gewisse Lehrgänge nur, um Ersparnisse durch den Unterstützungsentzug der von den Lehrgängen fernbleibenden Unterstützungsempfänger zu machen. In manchen Bezirken erfolgt die Uebertragung der Erwerbslosenschulung in hohem Maße an die Berufsschule, während die von Gewerkschaften vorgesehenen Kurse von den Arbeitsämtern nicht anerkannt werden. Hierdurch wird der Eindruck hervorgerufen, die Erwerbslosenveranstaltungen dienten in erster Linie dazu, den stellungslosen Gewerbelehrern Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Ungenügende finanzielle Förderung wird für solche beruflichen Lehrgänge gewährt, die von den Wohnorten der Teilnehmer entfernt, in geeigneten Heimen stattfinden, da in den Heimatorten selbst infolge der geringen Einwohnerzahl Kurse nicht veranstaltet werden können. Für diese notwendigen Maßnahmen werden die Arbeitsämter mehr Mittel als bisher aufwenden müssen. Im allgemeinen ging die Ansicht dahin, daß Veranstaltungen, die im Namen einer Behörde getroffen werden, weniger Anklang finden als die von freien Organisationen, wie es die Gewerkschaften sind.

Die von allen verantwortlichen Stellen gewünschte Gemeinschaftsarbeit auf dem Gebiete der Erwerbslosen-Veranstaltungen leidet bisher darunter, daß für die nicht unmittelbar der Berufsausbildung dienenden Maßnahmen öffentliche Unterstützung nahezu gar nicht erhältlich ist. Wohl hat der Reichsarbeitsminister in einem Erlaß vom 15. Oktober d. J. erwähnt, daß der Reichsinnenminister beim Reichskabinett den Betrag von 1 Million Reichsmark zur Betreuung der Erwerbslosen angefordert habe, doch ist bisher nichts erzielt worden. Die nachstehende Entschließung wurde einstimmig gefaßt und ist den Reichs- und Landesbehörden zugestellt.

Die erzwungene Beschäftigungslosigkeit, vor allem ihre lange Dauer, läßt bei der großen Masse der Erwerbslosen neben der materiellen Not die Gefahr einer geistigen und seelischen Verödung entstehen. Insbesondere sind Hunderttausende von jungen Menschen schweren Gefahren für

Nirgendwo war der Herr Marquis zu sehen.
Der Herr Marquis war spurlos verschwunden!
Herrn Crèce stieg der Verdacht auf, daß er betrogen worden war, aber er war sich nicht klar darüber, wie das geschehen war. Eine große Unruhe kam über ihn.
Indessen hatte Paul Monceau ohne irgendwelches Gepäck in ruhiger sicherer Haltung das Hotel längst verlassen.
Raum vermochte er seinen Triumph zu verbergen.
Der Juwelier aber schlug endlich Lärm.
Bald erschienen zwei Kriminalbeamte.
Sie klärten das Gaunerstückchen auf:
Die Rückwand der Schreibtischschublade fehlte, und an der Stelle, wo die hinten offene Lade an die Wand stieß, war die sehr dünne Wand vom Nebenzimmer aus durchbrochen worden.
Monceau hatte also einfach nur nötig gehabt, durch die so entstandene Oeffnung zu greifen und mit den ergaunerten Schmucksachen zu verschwinden.

Der Juwelier jammerte.
Die Kriminalbeamten durchsuchten das zurückgelassene Gepäck des Herrn „Marquis“, aber sie fanden nichts, das dazu angetan wäre, ihnen einen Fingerzeig über die Identität des raffinierten Gauners zu geben.
Man sahndete sehr eifrig nach dem falschen Marquis, indessen: man fand seine Spur nicht.

Dieses Juwelengeschäft hatte Paul Monceau soviel eingebracht wie der ganze bisherige Heiratschwindel zusammengenommen. Nichtsdestoweniger jedoch vernachlässigte er deshalb den Heiratschwindel nicht, nur verlegte er sich darauf, Anschluß bei besser situierten Damen zu suchen.

Aufmerksam verfolgte er die Heiratsanzeigen der großen

Blätter Frankreichs. Es kam ihm nicht darauf an, daß er zuweilen große Reisen machen mußte. Was verschlug's? Jede Reise rentierte sich.

Allmählich gelangte er zu der Ueberzeugung, daß die höchsten Gewinnchancen bei älteren Damen, bei Witwen und alten Jungfern lagen.

Deshalb wählte er von jetzt ab ausschließlich nur noch Damen zwischen 50 und 60 Jahren aus und verstand es mit dem Glanz seiner seltenen Ueberredungskunst, sie glauben zu machen, es handele sich um eine große leidenschaftliche Liebe seinerseits, da er nur Frauen in reiferen Jahrgängen bevorzuge.

Seine männliche Schönheit kam ihm sehr zustatten.
Die alten Damen verliebten sich ausnahmslos bis über die Ohren in ihn.

Im weiteren Verlaufe seiner diversen Bekanntschaften gab er sich als Sportsmann oder als Amateurpilot oder auch gar als Filmschauspieler aus, je nach dem Interessenkreis der Partnerin.

Nach sechs Wochen hatte er es gewöhnlich so weit gebracht, daß er regelrechte Unterstützungen von der Dame seines Herzens bezog.

Sobald er bei dieser Etappe angelangt war, schaute er sich nach einem weiteren Opfer um, ohne freilich die erste Geliebte aufzugeben.

So kam es, daß Paul Monceau zu gleicher Zeit von acht Damen reichliche Unterstützungen bezog, die ihm natürlich eine fürstliche Lebensführung ermöglichten. Durch seine Gewandtheit gelang es ihm, die Sache so einzurichten, daß die acht Opfer nichts voneinander wußten. Er wohnte in den teuersten Hotels der Städte und hielt sich gelegentlich — aber nur dann, wenn es besondere Umstände erforderten — einen Chauffeur.

die geistige und körperliche Entwicklung ausgeföhrt. Die gewerkschaftlichen Forderungen nach Arbeitsbeschaffung und Arbeitszeitverkürzung haben infolgedessen mehr als nur arbeitsmarktpolitische Bedeutung.

Solange den Arbeitslosen keine Arbeitsmöglichkeiten geboten werden können, müssen neben der materiellen Fürsorge auch Maßnahmen auf kulturellem Gebiet getroffen werden. Insbesondere ist der Jugend die Möglichkeit zur Erhaltung ihrer körperlichen, geistigen und seelischen Kräfte, sowie zur Erhaltung und Weiterentwicklung ihrer beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten zu bieten. Die Durchführung dieser Maßnahmen muß im Zusammenwirken der Arbeiterorganisationen mit den beteiligten öffentlichen Stellen erfolgen. Die Gewerkschaften als berufliche Zusammenfassung der Arbeitnehmer sind als Träger von Veranstellungen für die Arbeitslosen, gleichviel welcher Art sie sind, besonders berufen.

Die auf beruflichem Gebiete getroffenen Bildungsmaßnahmen — die produktive Beschäftigung hat bei diesen den Hauptwert — werden aus öffentlichen Mitteln in einer nach den gegenwärtigen Umständen ertäglichen Weise gefördert. Für Veranstellungen allgemeinbildender oder jugendpflegerischer Art ist jedoch in völlig unzulänglichem Umfang gesorgt. Von Reich, Ländern und Gemeinden muß gefordert werden, daß sie trotz ihrer schwierigen Finanzlage ausreichende Mittel für die kulturelle Betreuung der Erwerbslosen zur Verfügung stellen, wobei das Reich mit gutem Beispiel vorangehen muß. Wird die kulturelle Betreuung vernachlässigt, so entsteht die Gefahr, daß auch die berufsbildenden Veranstellungen erheblich an Wert einbüßen, da die Erfahrungen lehren, daß die Erwerbslosenveranstellungen vornehmlich dann ihren Zweck erfüllen, wenn in ihnen berufliche Bildung und Betätigung mit Allgemeinbildung, Leibesübungen u. dgl. in engste Verbindung gebracht sind.

Die Gewerkschaften werden weiter wie bisher alles, was in ihren Kräften steht, tun, um den Erwerbslosen in ihrer schweren Lage zu helfen!

Die Apotheke der Hausfrau

Zu den Pflichten der Hausfrau gehört es, auch für die kleinen Unfälle und Erkrankungen des Alltags gerüstet zu sein. Nicht immer kann ja der Arzt sofort zur Stelle sein, nicht immer ist auch seine sofortige Hilfe vonnöten. Deshalb ist es zweckmäßig, wenn die Hausfrau in einer kleinen Hausapotheke sich all das bereit hält, was sie für die erste Hilfe notwendig braucht.

Da hat sich z. B. beim Spielen ein Kind in den Finger geschnitten. Was tun? Es ist falsch, den blutenden Finger unter die Wasserleitung zu halten oder, wie es so oft geschieht, gar abzulecken. Auch das Auflegen eines Heftpflasterstreifens auf die frische Wunde ist gefährlich. Man lasse vielmehr die Wunde ein wenig ausbluten, bestreue dann die Wundränder mit etwas Jodtinktur und verschleife das ganze mit einem vorrätig gehaltenen, keimfreien Verbandpäckchen, einem Schnellverband resp. mit einem Stückchen sauberer Verbandgaze, die mit einer Mullbinde darüber festgehalten wird.

So kam es denn, daß Paul Monceau zu gleicher Zeit folgende Liebchaften in folgenden Großstädten unterhielt:

Zwei in Paris, eine in Rouen, eine in Lyon, eine in Marseille, eine in Mailand, eine in Brüssel und die letzte in Luzern.

Wegen der Diamantengeschichte mied er Bordeaux geflissentlich.

Man sieht also, daß dieser Hochstapler par excellence nicht nur sein Tätigkeitsfeld auf Frankreich beschränkte, sondern es auf Italien, Belgien und die Schweiz auszu dehnen verstand.

Die jüngste seiner Damen war 50 Jahre alt, die älteste 61.

Ausnahmslos aber gehörten sie den Schichten der oberen Gesellschaft an.

Die eine hielt ihn eben für den kühnen Sportsmann, die andere für einen berühmten Filmstar, eine sogar für einen Bogmatador, alle aber für einen Grafen mit unverfälscht blauem Blute, mit glänzendem Stammbaum.

Als die von acht Quellen bezogenen Unterstützungen ihm für seinen Aufwand nicht mehr ausreichten, nahm der edle Graf, der sich hier „Marquis de F.“, dort „Comte de F.“, und da „Viconte de F.“ nannte, seine Zuflucht zum Diebstahl.

Aber die Entdeckung, die meist nicht ausblieb, führte nie zu einer Anzeige.

Was erklärlich sein dürfte!

Alle Damen fürchteten den Skandal.

Die Blamage!

Und das Gespött der lieben Mitmenschen.

Innerhalb von zwei Monaten büßte Paul Monceau vier Damen ein. Sein Einkommen war dadurch ganz beträchtlich reduziert worden.

Ein paar Neuanknüpfungen schlugen fehl.

Brandwunden, die häufig in der Küche erworben werden, bedecke man statt aller anderen Mittel mit einer der Hausapotheke entnommenen sogenannten „Brandbinde“. Einen Holzsplitter, der in den Finger oder einen anderen Körperteil eingedrungen ist, suche man, wenn er aus der Haut herausragt, mit einer Pinzette zu entfernen. Doch ist es nötig dabei, einen Zug entgegengesetzt der Richtung, in der der Splitter eingedrungen ist, auszuüben. Gelingt die Entfernung nicht oder bricht der Splitter ab, so suche man sofort den Arzt auf.

Manche Kinder, aber auch ältere Leute neigen zu Nasenbluten. Statt aller sonst beliebten Maßnahmen hole man aus der Hausapotheke ein Stückchen saubere Watte und ein Fläschchen mit Wasserstoffsuperoxyd. Man übergieße ein nicht zu kleines Stück Watte mit dieser Flüssigkeit und stopfe damit die blutende Nasenseite fest aus. Kommt so die Blutung nicht alsbald zum Stillstand, dann muß natürlich sofort der Arzt gerufen werden. Die vielbeliebte „blutstillende Watte“ ruft manchmal schädliche Nebenwirkungen hervor und ist deswegen nicht zu empfehlen. Auch einem Ohnmachtsanfall gegenüber braucht die Hausfrau nicht hilflos dazustehen. Flache Lagerung des Kranken, eventuell mit tiefliegendem Kopf, Öffnen aller beengenden Kleider und etwas scharf riechende Flüssigkeit (Essigäther, Eau de Cologne) unter die Nase gehalten, werden gewöhnlich zur Behebung genügen.

Nicht selten kommt es durch Ausgleiten auf dem Fußboden u. dgl. zu schmerzhaften Verstauchungen oder gar zu Knochenbrüchen. Bis der Arzt kommt, ist im ersteren Falle Ruhigstellung des betreffenden Gliedes und Umschläge mit verdünnter essigsaurer Tonerde (ein Eßlöffel auf eine Tasse Wasser) am Platze. Bei Verdacht auf Knochenbruch muß gleichfalls für Ruhigstellung des Körpergliedes durch Anlegen einer mit Watte gepolsterten Pappschiene, die mit einigen Binden angewickelt wird, gesorgt werden.

Schließlich ist auch ein Fieberthermometer vonnöten, das im Zweifelsfalle die Ernsthaftigkeit einer plötzlichen Erkrankung und die Notwendigkeit rascher ärztlicher Hilfe feststellen läßt.

Die Apotheke der Hausfrau wird also zweckmäßig folgende Gegenstände enthalten müssen: An Verbandmaterial: 2 Mullbinden, 2 Cambricbinden, 1 Brandbinde, 2 Verbandpäckchen oder 1 Schnellverband, 1 Rolle Heftpflaster, 1 Paket Watte und 1 Pappschiene. An Flüssigkeiten: je 1 Fläschchen Alkohol, Jodtinktur, essigsaure Tonerde, Wasserstoffsuperoxyd, Essig-Äther oder Eau de Cologne, sowie an Instrumenten: 1 Schere, 1 Pinzette und 1 Fieberthermometer.

Alle diese Gegenstände, die man für wenig Geld in der Apotheke oder Drogerie zu kaufen bekommt, bewahre man in einem verschließbaren Schränkchen auf, an dessen Tür man zweckmäßig ein Inhaltsverzeichnis mit Gebrauchsanweisung für jeden einzelnen Gegenstand anbringt. Dann wird man auch vor Verunreinigung, Verderbnis oder gar Verwechslung geschützt sein.

Dr. Curt Kayser.

Dann verlor er zwei weitere Damen.

Überall hatte es zu Entdeckungen geführt. Überall hatte er gestohlen. Immer war der Diebstahl sein Verberb.

Bei den beiden anderen Damen nahm er sich sehr in acht.

Die Unterstützungen, die er aus diesen beiden Quellen noch bezog, reichten selbstverständlich für sein luxuriöses Leben nicht mehr aus. Er trachtete danach, sich andere Einnahmequellen zu beschaffen. Zudem hatte er die ewigen Liebesaffären auch gründlich satt. Es ist ja schließlich auch keine angenehme Aufgabe für einen jungen Menschen, ewig in den Armen älterer Damen zu liegen.

Er entsann sich wieder einmal seiner Juwelenaffäre in Bordeaux. Es war ihm damals allerdings nicht so leicht gewesen, die Ware zu veräußern. Immerhin aber war es ein glänzender Coup gewesen.

Wie, wenn er, um aus der Misere herauszukommen, wieder einmal einen kleinen Juwelentrick in Szene setzte?

Der Gedanke nahm ihn immer mehr in Anspruch, aber ihm fehlte noch die „Idee“, d. h. die Art des anzuwendenden Tricks. In derselben Weise zu verfahren wie bei Crèce in Bordeaux wagte er aus begreiflichen Gründen nicht. Es mußte irgend etwas anderes sein.

Er zermartete sich das ansonsten so erfinderische Hirn.

Zunächst umsonst.

Bis ihm eines Tages ein Zufall zu Hilfe kam.

Eine Zeitungsnotiz!

Im „Journal“ stand zu lesen, daß die weltberühmte Filmschauspielerin Mady Chr. zu längerem Aufenthalt in Neapel eingetroffen und im Hotel „Roma“ Wohnung genommen habe, studienhalber für einen neuen großen Film. An diese Notiz

Leih und Lies!

Die Arbeitslosigkeit wird seelisch um so leichter überstanden, je mehr der einzelne Arbeiter seinem Leben auch geistigen Inhalt gibt. Darum auch überall der Versuch, für Erwerbslose besondere Vorträge oder künstlerische Darbietungen zu veranstalten.

Aber auch die allgemeine Volksbildung gehört zu den Werten, die der Arbeitslose gerade heute nicht entbehren kann. Es ist gewiß das Ideal, eine eigene Bibliothek zu erwerben. Aber wer kann das heute so, wie er möchte? Da muß uns die öffentliche Bibliothek helfen. Rufe sie!

Auch der geistig Größte einer, Goethe, kaufte nicht alles, was er las, in der Buchhandlung. Er hat auch die öffentliche Bibliothek benützt, und zwar in einer Weise, die uns staunen läßt.

Goethe war uns als Bibliothekbenutzer bis jetzt nicht genauer bekannt. Aber nun hat die wissenschaftliche Hilfsarbeiterin an der Landesbibliothek in Weimar, von Keudell, ein Buch herausgegeben, das fast nichts anderes enthält als Namen und Büchertitel. Und was wir da genannt finden, das sind all die Bücher, die Goethe während seines Lebens in Weimar aus der Weimarer Landesbibliothek entliehen hat.

Es war eine ganz stattliche Zahl. Mehr als 2000 Bände. Das letzte Buch, das er entlieh, war das 2276. Und das lieh er eine Woche vor seinem Tode.

Recht interessant ist es, die Art der Bücher zu studieren, die der Dichter in all den Jahrzehnten benutzte. Sie gehören verschiedenen Gruppen an. Je nach dem, das den Dichter beschäftigte, war auch die Benutzung. Er trieb Vorstudien für die eigenen Werke. Er studierte Werke über Kostüme als Theaterdirektor, der er ja auch einmal in Weimar war. Er las Bücher, die sich auf Schillers Vorstudien zu dessen Werken erstreckten und die beweisen, wie innig die geistige Zusammenarbeit der beiden Dichter gewesen ist. Ja, er entlieh sich sogar selbst. Er lieh eigene Werke, da er diese Bücher seiner eigenen Feder gerade nicht mehr zu Hause hatte. So wie er auch von Schillers Werken etwas aus der Bibliothek entlieh. Und wir erfahren bei der Gelegenheit, daß Goethe überhaupt nicht alles so besaß, wie wir es uns denken. So hatte er den Schiller, den heute mancher Arbeiter vollständig besitzt, nur im Auszuge.

Diese interessanten Beobachtungen, die wir an Hand der Benutzung von Bibliotheksbüchern durch Goethe über seine geistige und schöpferische Entwicklung machen können, legen die Anregung nahe, auch unsererseits einmal aufzuschreiben, was wir lesen, was wir aus öffentlichen Bibliotheken oder von Bekannten und Freunden oder aus der eigenen Bibliothek lesen und geistig in uns verarbeiten. Es wäre besonders für die lesende Jugend später einmal recht lehrreich, zu sehen, wie sich die geistige Entwicklung des einzelnen von Jugend auf vollzogen hat. Aber diese Liste würde dann auch zugleich sehr wahrscheinlich

einen Einblick in die proletarische Geistesgeschichte geben können. Die Liste der gelesenen Bücher würde auch zeigen, welche großen Probleme die Arbeiterenschaft jeweils beschäftigten und welche sozialen und kulturellen Sonderaufgaben jeweils zu lösen gewesen sind.

Von der Abonnenten-Versicherung

Die Bevölkerung wird von den Versicherungszeitschriftenverlegern mit Flugblättern überschwemmt, die die „Vorzüge“ der Abonnentenversicherung preisen und an auffallender Stelle in übergroßen Lettern auch die ausgezahlten Versicherungsleistungen enthalten. In diesem Jahre hat man der Bekämpfung der Volksfürsorge, des Versicherungsunternehmens der Arbeiterchaft, ein besonderes (und sehr schabiges) Flugblatt gewidmet, in dem die Leistungen einiger Versicherungszeitschriftenverleger denen der Volksfürsorge gegenübergestellt werden.

Will man eine Gegenüberstellung vornehmen, um daran die Leistungen der Abonnentenversicherung und der regulären Lebensversicherungsunternehmen kennenzulernen, dann braucht man nur zu der amtlichen Versicherungsstatistik des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung zu greifen. Daraus ist ersichtlich, daß die gesamte Abonnentenversicherung für Versicherungsleistungen 1930 rund 25 Millionen Reichsmark verausgabte hat, während die Lebens- und Unfallversicherungsunternehmen insgesamt 186,9 Millionen Reichsmark im gleichen Zeitraum ihren Versicherten für Versicherungsleistungen auszahlten. — Jeder wird nun wissen, was von den bombastischen Zahlen der Abonnentenversicherung zu halten ist.

Wahre Zahlenjongleure sind die Versicherungszeitschriftenverleger auch, wenn sie in ihren Publikationen die Summen angeben, die in einem bestimmten Versicherungsfall ausgezahlt werden könnten. Auch von diesen Ankündigungen ist nicht viel zu halten, was kürzlich auch vom Reichsaufsichtsamte für Privatversicherung festgestellt wurde. Es heißt in einem Rundschreiben dieser Behörde:

Nach unseren Wahrnehmungen ist es vielfach üblich geworden, daß Verleger oder Leserkarte, die in der Abonnentenunfallversicherung auch eine Zusatzversicherung für Passagier- und Sportunfälle bieten, in Werbedruckfachen und Ankündigungen diese Summe als Höchstversicherungssumme nennen, ohne daß gleichzeitig zu ersehen ist, daß Fälle, um die es sich hier handelt, z. B. gleichzeitiger tödlicher Passagierunfall eines Ehepaares, nur sehr selten vorkommen werden, während im regelmäßigen Verlauf der Dinge nur ganz erheblich niedrigere Entschädigungsbeträge gezahlt werden.

Die Aufsichtsbehörde sah sich zur Wahrung der Interessen der Versicherten veranlaßt, anzuordnen, daß bei den Werbedruckfachen der Abonnentenversicherung die auffällige Hervorhebung einzelner besonders hoher Leistungen durch Druck oder auf andere Weise nicht mehr gestattet werden kann.

waren noch mancherlei Tatsachen und Vermutungen geknüpft, sowie eine ausführliche Würdigung der Künstlerin.

Monceau wußte jetzt mit einem Male seinen neuen Trick. Aber er konnte ihn nicht allein in Anwendung bringen, er hatte zur Ausführung einen Gehilfen nötig, einen Menschen, auf den er sich wie auf sich selbst verlassen konnte. Er hatte bisher stets allein gearbeitet, in sicherer Erkenntnis der Tatsache, daß das am besten und sichersten für ihn war.

Kürzlich hatte er in Nizza die Bekanntschaft des Hochstaplers und Falschspielers Armand Noret gemacht. Dessen entsann er sich in diesem Augenblick. Er wußte, daß Noret sich noch in Nizza aufhielt. Telegraphisch setzte er sich mit dem Manne in Verbindung und erhielt auch sofort Rückantwort. Diese veranlaßte Monceau, unverzüglich nach der schönen Riviera di Ponente aufzubrechen. Noch am Tage seiner Ankunft traf er mit Noret zusammen. Noret war nicht weniger Gentleman und routiniert als Monceau, aber er hatte weniger Glück.

Der Pakt war bald geschlossen: Noret war begeistert von dem Plane Moncaeus, und er pries dessen Raffinement und Spürsinn. Sobald als möglich reisten die beiden „Wiedermänner“ nach Neapel ab, um ihren großen Coup in Szene zu setzen.

Hätte Paul Monceau gewußt, daß Noret ihn so schändlich betrügen würde, so hätte er sich gewiß nicht seiner als Gehilfen bedient!

Die Firma Contrand fratelli in der Via Roma, die im allgemeinen kurzweg der „Toledo“ genannt wird, war eines der größten und altrenommiertesten Juweliergeschäfte in Neapel.

Die beiden Inhaber, die Brüder Henrico und Federico Contrand, pflegten die Kunden ausschließlich allein zu bedienen, und wenn es ging, zusammen

Als an diesem Vormittage gegen 11 Uhr ein vornehm gekleideter Herr im Zylinder das große, feudal eingerichtete Juweliergeschäft betrat, fand er die Inhaber im Laden anwesend, während eine niedliche junge Dame damit beschäftigt war, die breiten Glasschaukästen, die ringsum im Laden aufgestellt waren, zu dekorieren.

Die Geschäftsinhaber verneigten sich in ihrer chevaleresken Art wie jedem Kunden gegenüber, und Henrico, der Ältere, erkundigte sich nach den Wünschen des Kunden. Der murmelte gleichfalls seinen Namen, jedoch so, daß er recht gut zu verstehen war:

„Marchese Marco de la Borgette. Ich habe die Absicht, ein sehr wertvolles Perlenkollert für eine mir nahestehende Dame zu erwerben. Ich betone jedoch: nur ein wirkliches Prachtstück kommt in Frage — ein Prunkstück. Haben Sie etwas Derartiges da, Signore? Der Preis spielt erst in zweiter Linie eine Rolle.“

Die Borgettes waren ein altes Grafengeschlecht aus der Lombardei, das ebenso bekannt war wie ihr großer Reichtum und die ungeheure Ausdehnung ihrer Besitzungen.

Paul Monceau spielte den Marchese mit vollendeter Kunst.

Henrico beeilte sich, dem anspruchsvollen und vornehmen Kunden eine Auswahl von vier Kolliers vorzulegen, und obwohl diese Perlenketten das Schönste und Teuerste waren, was die Firma Contrand fratelli aufzuweisen hatte, so fand der Marchese, der ein weiches, eigentlich akzentuiertes Italienisch sprach, doch nicht das, was er suchte. Der Inhaber gewann die Ueberzeugung, daß er es offensichtlich mit einem vorzüglichen Perlenkennner zu tun hatte. Bei diesem Kollert waren dem Käufer die Perlen zu klein, bei jedem war ihm das Lüster nicht erhaben genug. (Fortsetzung folgt)